

Ergebnisprotokoll

der **12. Sitzung** des Runden Tisches der BAB A 281, Bauabschnitt 2/2
am **27.04.2011** um 17.00 Uhr beim
Senator f. Umwelt, Bau, Verkehr und Europa
Ansgaritorsaal, Wegesende 23, 28195 Bremen

Teilnehmer: Siehe Anwesenheitsliste
Moderatoren: Frau Annemarie Czichon
Herr Dr. Hans-Christoph Hoppensack
Protokollführerin: Frau Daniela Bugl

A. Nicht-Öffentlicher Teil (17:00 – 18:20 Uhr)

Die von den Moderatoren vorgeschlagene **Tagesordnung**

1. Protokolle 10. und 11. Sitzung
2. Aktuelles
3. Abschlussbericht
4. Weiteres Vorgehen
5. Vorbereitung Öffentlicher Teil
6. Verschiedenes

wurde einvernehmlich angenommen.

1. Protokolle

a. 10. Sitzung (13.04.11)

Das Protokoll wurde mit den vorliegenden Änderungsvorschlägen einvernehmlich genehmigt und zur Veröffentlichung freigegeben.

b. 11. Sitzung (15.04.11)

Das Protokoll wurde ohne Änderungen genehmigt und zur Veröffentlichung freigegeben

2. Aktuelles

Die Vertreter aller Bürgerschaftsfraktionen (SPD, Grüne, CDU und Linke) und der Gruppe der FDP stellten ihren gemeinsamen interfraktionellen Antrag¹ vor, der – vorbehaltlich der Zustimmung ihrer Fraktion bzw. Gruppe – in der Mai-Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) zur Beschlussfassung eingebracht werden soll. Der Antrag² beinhaltet folgende Punkte:

- Zügige Umsetzung der Variante 4SÜD und entsprechende Einleitung eines Planänderungsverfahrens und Änderung des FNPs,
- Regelmäßige Unterrichtung der TN des RTs über den Planungsstand durch Planfeststellungsbehörde und DEGES, im Falle wesentlicher Abweichungen von der beschlossenen Variante 4SÜD Erörterung mit allen Beteiligten.
- Lärmschutzmaßnahmen am Arster Zubringer,
- Einbeziehung aller Betroffenen bei Konkretisierung der Auf- und Abfahrten in Kattenturm,
- Bestätigung der Bremer Vorzugsvariante zur B6n,
- Verknüpfung von BA 2/2 und der B6n auf dem Hornbach-Gelände,
- Ablehnung einer Trassenführung für die B6n nahe der Wolfskuhlensiedlung,
- Beantragung der Einstufung der B6n in den vordringlichen Bedarf im Bundesverkehrswegeplan.

3. Abschlussbericht

Der Abschlussbericht der Moderatoren wurde mit den vorgeschlagenen Änderungen von den Beteiligten am RT zustimmend zur Kenntnis genommen und zur Veröffentlichung freigegeben.

Nach Überreichen des Berichtes an Senator Dr. Loske würdigte dieser ausführlich die Arbeit des RTs und bedankte sich ausdrücklich bei allen Beteiligten für ihr außerordentliches Engagement und das konstruktive Ergebnis dieses RTs, der insoweit als Vorbild für weitere Beteiligungsverfahren gelten könne.

¹ s. 10. Sitzung des RTs am 13.04.11, TOP 4

² Drucksache 17/1763 vom 05.05.11: Dringlichkeitsantrag der Gruppe der FDP, der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen dazu Beschluss der CDU-Fraktion vom 02.05.2011: „Die CDU-Fraktion unterstützt den Dringlichkeitsantrag in den Punkten 1 bis 5. Bei den Punkten 6 bis 8, die sich auf die Planungen der B6n beziehen, wird sich die CDU enthalten.“

4. Weiteres Vorgehen

Für das weitere Vorgehen verständigte sich der RT auf folgendes Verfahren:

Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa berichtet einer Arbeitsgruppe aus Mitgliedern des RTs regelmäßig über den Fortgang der Verhandlungen und der Planungsschritte zum Bauabschnitt 2.2 der A 281. Dazu werden alle Akteursgruppen des RTs eingeladen. Einladung und Vorbereitung erfolgen durch den Abteilungsleiter Verkehr beim SUBVE.

Die Beteiligten am RT waren sich einig, dass für die Planung der Auf- und Abfahrtssituationen alle betroffenen Beteiligten einzubeziehen sind. Der Vertreter des Senators für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa wies darauf hin, dass die Planungshoheit der seiner Behörde zugeordneten Obersten Landesstraßenbauverwaltung obliege. Die Vertreter der Beiräte Neustadt und Obervieland versicherten, sich aktiv an der weiteren Planung, auch unter Nutzung der Möglichkeiten des Beirätegesetzes, z.B. mit Regionalkonferenzen und im Austausch mit den Bürgerinitiativen, zu beteiligen. Die Bln sprachen sich dafür aus, auch die potenziell Eigentumsbetroffenen in die Planung einzubeziehen.

5. Vorbereitung öffentlicher Teil

Der RT verständigte sich darauf, noch einmal kurz das Ergebnis seiner Arbeit darzustellen und im Übrigen PStS Ferlemann und der anwesenden Öffentlichkeit Gelegenheit zu Stellungnahmen und Fragen zu geben.

6. Verschiedenes

keine Wortmeldungen

B. Öffentlicher Teil (19:00 – 20:30 Uhr)

Nach Überreichung des Abschlussberichtes an den Parlamentarischen Staatssekretär im BMVBS, Herrn Enak Ferlemann, wurden die wesentlichen Ergebnisse des RTs und die Variante 4SÜD durch die DEGES vorgestellt und erläutert.

Der PStS bat um Verständnis, die vorgeschlagene Variante vor einer weiteren Stellungnahme zunächst näher zu prüfen; auf den ersten Blick scheine sie tatsächlich einige Vorteile zu haben. Im Übrigen wies er darauf hin, dass aus Sicht des Bundes

- wegen der Realisierung der Weserquerung als ÖPP³-Projekt eine größtmögliche Sicherheit bezüglich der verkehrlichen Anbindung über den BA 2/2 vorliegen müsse,
- das BVerwG keine Neuplanung, sondern im Wesentlichen eine Anpassung des FNPs sowie die Beseitigung der Abwägungsmängel gefordert habe, weshalb das BMVBS eine Heilung dieser (Verfahrens-)Mängel für ausreichend halte,
- eine plausible Begründung der Mehrkosten durch das Land Bremen erfolgen müsse,
- keine Möglichkeit bestehe, die B6n als „Bremer Vorzugsvariante“ voll durch den Bund zu finanzieren und daher Wünsche des Landes Bremen auch auf seine Kosten zu realisieren seien,
- die bestehenden provisorischen Auf- und Abfahrten für den BA 2/1 voraussichtlich bis zur Fertigstellung des BA 2/2 weiter bestehen bleiben,
- ein weiterer Grunderwerb im Bereich BA 2/2 erst nach Verfestigung der Planung erfolgen könne.

Zu dem letztgenannten Punkt wies ein Vertreter des Senators für Wirtschaft und Häfen darauf hin, dass die fraglichen Grundstücksankäufe den unter allen Beteiligten unstreitigen Planungsbereich betreffen.

Herr Senator Dr. Loske sicherte zu, dass das Land Bremen kurzfristig die prognostizierten Mehrkosten der Variante 4SÜD fundiert begründen und dies dem BMVBS zur Prüfung übersenden werde.

Die Sitzung wurde um 20:30 Uhr geschlossen.

³ Öffentlich-Private Partnerschaft